

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1238.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altkönig

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18.000.— M., durch die Post bezogen monatlich 19.000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 500.— M., Einzelnummer 700.— M., Sonnabendnummer 1000.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepaaltene Nonpareilzeile 1500.— M., auswärtig 1800.— M., die 8gepaaltene Reklamazeile 7000.— M., auswärts 8000.— M., Ausland 6000 u. 20.000 M. Bei mehrmalig. Auflage Ermäßigung. Familienangeh., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferbez. 500 M.

Nr. 157

Dresden, Montag den 9. Juli 1923

34. Jahrg.

Der Berliner Metallarbeiterstreik

In allen Ecken Deutschlands richtet sich das allgemeine Interesse auf den Niesenkampf der Berliner Metallarbeiter. Die Bewegung ist rein wirtschaftlicher Art und dennoch unterwirft sie sich wesentlich von den bisher geübten Streiks. Warum? Der Einbruch des französischen Militärs ins Ruhrgebiet mit dem Endziel, durch Abschmierung und Vermittlung den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen, die Untätigkeit des Kabinetts Cuno, das so ziemlich eine Unterlassungsünde nach der andern begeht und mit seiner Politik einzig darauf bedacht ist, das Unternehmertum vor Schaden zu bewahren, während die Arbeiterklasse von Woche zu Woche, von Tag zu Tag in ihrem Lebensunterhalt immer mehr herabgedrückt wird, das Mittelmaß der Reichsregierung, die Inflation, forciert der Druck von Papiergeld, müssen eine allgemeine Krise zur Folge haben, die für Industrie und Handel zwar reichen Dividenden, für die Arbeiterklasse aber unfortschreitende Not und Elend bedeutet.

Da ist es klar, daß wirtschaftliche Erschütterungen solcher Art zu sozialen Unruhen führen müssen. Im ganzen Reich zeigen sich die Zukunftsängste, allerorts brechen Teufelskreise aus. Die Arbeiterklasse strebt danach, endlich eine Lohnbasis zu schaffen, die sie bei fortschreitender Geldentwertung vor einem weiteren Sinken des Reallohnes schützt. Die Gewerkschaften sind seit Wochen bemüht, durch Verhandlungen mit dem Unternehmertum und der Reichsregierung, eine Grundlage zu schaffen, die einer weiteren Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse vorbeugt. Bisher sind alle Versuche an der Engstirnigkeit des Unternehmertums gescheitert.

Wenn auch nicht gelehrt werden soll, daß einzelne starke Organisationen mit dem bisherigen System der Lohnpolitik, das lediglich auf eine Erhöhung der Papiermarktlöhne hingielte, Erfolge gehabt haben, so bedeutet eine solche Steigerung insgesamt doch keineswegs einen Schutz gegen die Teuerung. Die Preise eilten den Löhnen immer wieder voraus. Die Folge davon war eine Entwicklung der Verhältnisse ins Katastrophale, nachdem der plötzliche Sturz der Mark seit Ende April dieses Jahres sich immer mehr bemerkbar und jede Hoffnung auf eine dauernde Stabilisierung unserer Währung durch das Versagen der Stützungsaktion gescheitert war. Angesichts dessen die Gefahr einer neuen Senkung des Reallohnes in Kauf zu nehmen, sich wieder einmal mit einer „Erhöhung“ des Papiermarktlöhnes zu begnügen, die in Wirklichkeit eine neue Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse bedeutete, wäre von den Gewerkschaften unverantwortlich gewesen.

Als die Gewerkschaften nach langen Verhandlungen endlich eine klare Entscheidung forderten, mochten die Unternehmer Ausschüfte. Ein „wertbeibehaltender Lohn“, wie ihn die Arbeitgeber ausfüßten, wäre wohl zu erzielen gewesen auf Grund einer Gleitkala, die sich nach dem Goldmarkausgleich richtete. Die Auffassung der Gewerkschaften ging aber dahin, daß ein derartiger Gleitlohn in kritischen Zeiten zur schlimmsten Waffe im Kampfe des Unternehmertums gegen die Verfestigung der Arbeiterkraft werden konnte. Sie verlangten die Anpassung an die tatsächliche Teuerung, und diese nur der Willigkeit entsprechende Forderung war es, die die Unternehmer ablehnen zu müssen glaubten, auch um den Preis, daß der angekündigte Kampf ausbrach.

Dieser Tatbestand kennzeichnet auf das Klarste, wer die Schuld an dem Streik trägt. Eine überwältigende Mehrheit der abstimmen Arbeiter ergab sich für den Streik, obwohl gerade in dieser Zeit maß- und sinnvoller Teuerung, die durch den Widerstand der Unternehmer erzwungene Arbeitsruhe für jeden Arbeiterbrotkorb ein ungeheures Opfer bedeutet. Die Arbeiterkraft füllt und weicht es, daß es jetzt um das Ganze geht. Der Lohnbetrug, der durch die fortgesetzte Entwertung der deutschen Währung herbeigeführt worden ist, muß aufhören, eine automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung hat zu erfolgen, sonst ist das Abgleiten des Arbeitslohnes nicht aufzuhalten. In der Tat haben einzelne Berufsstände bereits Anderlöhne erreicht, so in einem Gebiete der Bekleidungsindustrie und im Bankgewerbe. Es ist nicht einzusehen, warum bei allem Willen zur Verkündung nicht auch die Metallindustrie eine Lösung finden konnte. Sind doch schon heute für die Warenpreise in allen fortentwickelten Industrien Anderes maßgebend. Offenbar aber ist es den Unternehmern immer noch darum zu tun, den Lohnbetrug aufrechtzuerhalten. So hoffen sie die Kraft der Gewerkschaften zu zermürben und die Lebenshaltung der Arbeiterkraft auf ein Maß herabzudrücken, das diese zu schließlicher politischer und gewerkschaftlicher Aktion unfähig macht.

Es geht aber nicht nur um eine neue Lohnform in dem Kampfe, zu dem sich jetzt die Berliner Metallarbeiter entschlossen haben. Die Kreise sind so hemmungslos den Löhnen entgegen, daß die deutsche Wirtschaft zum Erliegen kommen muß, sobald bei einer Stabilisierung der Mark oder aus anderen Gründen der Auslandsabzug der deutschen Industrie verloren geht. Die breiten Massen der Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, haben infolge der katastrophalen Entwertung der Löhne und Preise für alle Waren der Industrie noch nicht einen wesentlichen Bruchteil derjenigen Kaufkraft mehr, die sie vor dem Kriege entfalteten.

Wenn aber heute schon vorauszufragen ist, daß in einem solchen Augenblick der überwiegende Teil der deutschen Industrie lahmgelegt ist, so ist es das Gebot der Stunde, diese breiten Massen kaufkräftig zu machen. Ein gewisser und nicht unerheblicher Absatz industrieller Produkte im Inland allein genügt der Industrie die Möglichkeit, ihre Werke derart zu beschäftigen, daß sie auch nach dem Fortfall des Baluta-Kumpings zu Breiten produzieren kann, die vom Ausland nicht unterboten werden. Die Industrie hat den Mut ab, auf dem sie steht, wenn sie um des Vorteils von Hochgewinnen in der Gegenwart aus Kosten der deutschen Verbraucher das Problem vergißt, wie für den notwendigen Inlandsabzug gesorgt werden kann.

Wenn die Arbeitgeber diese Frage aus dem Auge verlieren, so ist es Sache der Arbeiter, sie mit aller Entschiedenheit anzupacken. Denn die Arbeiter, die bis heute Objekte des Lohnbetruges sind, werden in Zukunft, wenn die Krise hereinbricht, auch die Objekte der Währungsflucht, die Arbeitslosen sein. Es geht um die neue Form der Wirtschaft, um die Befestigung der Ausbeutung der Besitzlosen durch die Sachwertbesitzer mit Hilfe der Geldentwertung. Diese Lasten überläßt dem Metallarbeiterstreik, der schon am ersten Tage mit voller Schärfe eingestakt hat, sein moralisches Gewicht weit über die Grenzen Berlins hinaus. Diese Lasten drängen auch dazu, den Streik mit aller Disziplin zu einem siegreichen Ziele zu führen und den kämpfenden Berliner Arbeitern nicht nur alle Sympathie angedeihen zu lassen, sondern dann, wenn der Ruf an die deutsche Arbeiterkraft ergeht, auch bereitwillig Opfer zu bringen. Denn ihr Kampf ist auch der untrübe, ihr Sieg ist unser Sieg!

Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers werden heute Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks stattfinden. Es ist allgemein bekannt, in diesen Verhandlungen bereits eine für die Arbeiter annehmbare Einigungsgrundlage zu finden, erscheint vorläufig noch zweifelhaft. Nachdem die Metallarbeiter das Opfer einer Arbeitsunterbrechung auf sich genommen haben, werden sie kaum bereit sein, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne auch für die Zukunft vor der Entwertung ihres Lohns geschützt zu sein. Die Eisenbahner und Gemeindevorstände Berlin verlangen gemeinsam die Regelung der wertbeibehaltenden Löhne, über die in der nächsten Woche verhandelt werden soll. Der Streik der Bauarbeiter wird wahrscheinlich ebenfalls fortgeführt. Der Einigungsvorschlag des Demobilisationskommissars hat vor allem deshalb die Unzufriedenheit der Bauarbeiter hervorgerufen, weil er nicht die Klausel des wertbeibehaltenden Lohns empfiehlt.

Die bayerischen Oberpatrioten

München, 7. Juli. (Vgl. Drahtbericht.)

Durch ebliche Zeugenaussagen im Hochverratsprozeß Fuchs-Rachau wurde erhärtet, daß die Separationsbestrebungen Bayerns vom Reich bereits 1921 feste Gestalt angenommen haben; ferner wurde man, daß schon damals bayerische Regierungskreise sowie Reichsbehörden von diesen Dingen Kenntnis bekommen hatten. Kurz vor dem Prozeß hat der Hauptzeuge Wapp in einem Briefe an den bayerischen Innenminister diese Zusammenhänge von neuem bloßgelegt, um wenigstens zusammen mit dem Prozeß eine reifliche Aufklärung zu veranlassen. Dieser Brief, der heute in der Münchner Post veröffentlicht wird, enthält von neuem schwere Anklagen gegen die Männer, die heute in vorderster Reihe sogenannte vaterländische Politik in Bayern machen. Es wird darauf hingewiesen, daß im Herbst 1921, kurz nach dem Abgange des ehemaligen Königs Ludwig III., von einem Kommissar der Plan betrieben wurde, gelegentlich der Beilegung der Monarchie wieder in den Sattel zu heben. Diesem Kommissar gehörten u. a. an: Dr. Wittmer, Oberlandesgerichtsrat Boehner, Regierungsrat Rahr, Reichswehrgeneral Wöhl, Regierungsrat Boden. Die Pläne dieses Kommissars wurden dem Major Wapp bekannt, und er unterrichtete den damals in München weilenden Staatskommissar von Rürnberg-Gülich, den Oberregierungsrat Garsis, der spontan der Ansicht war, daß man diese Dinge ungekürzt der Reichsregierung mitteilen müsse. Wapp versuchte aber zuvor, noch durch persönliche Unterredung mit Boehner und Wöhl, beide von ihrer privaten Wechselpolitik abzubringen, jedoch ohne Erfolg. Die Unterrichtung der Reichsregierung erfolgte nun unter voller Initiative des Staatskommissars Garsis durch Mitteilung an einen Obersten im Reichswehrministerium, dem jetzigen General Herzog, und an Legationsrat Will. Diese Mitteilungen wurden auch in einem Exposé schriftlich niedergelegt und bilden heute eine bis ins einzelne gehende Beilegung der seitigeren Entwicklung der Dinge in Bayern. Will setzte den Reichspräsidenten davon in Kenntnis, und dieser ließ den Major Wapp zu sich zum Vortrage bitten. Zwei Tage darauf besprach sich der Reichspräsident mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Graf Ledebauer, der diese Dinge ins Licht setzte und dem es offenbar gelang, ein Eingreifen der zuständigen Reichsbehörden in Bayern zu verhindern.

Die Mitteilungen in diesem Briefe sind auch um deswillen interessant, als Minister Schmeyer bekanntlich gegen den Bürgermeister Dr. Luppe von Nürnberg ein großes Verbrechen und ein Disziplinarverfahren veranlaßt hat, weil dieser angeblich unter Umgehung seiner vorgesetzten Behörde (Ministerium des Innern) sich direkt an das Reich um Hilfe gegen Reichstagspräsidenten gewandt hat, während Schmeyer wegen desselben Verstoßes gegen einen seiner politischen Beamten, das ihm wohlbelannt war, nicht im geringsten vorgegangen ist.

Verantwortungslos

Der Reichstag hat sich am Sonnabend vertagt, ohne der Öffentlichkeit auch nur einen Beweis dafür zu liefern, daß die Geschicke unseres Volkes von Regierung und Parlament richtig verwaltet werden. Die sonderbare Jurisdiktion vor der Störung der angeblich eingeleiteten internationalen Besprechungen wurde zu dem Vorwand benutzt, der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die auf ein entschlossenes Wort aus Berlin wartet, den Mangel an Verantwortung zu begründen, der die bürgerlichen Parteien seit Monaten auszeichnet. Sonst sind die bürgerlichen Fraktionen nicht so besorgt um deutsche Interessen. Eine Betrachtung der Steuerberatungen, überhaupt der ganzen Steuerstatistik aus den letzten Monaten, liefert dafür den besten Beweis. In Wirklichkeit führt der Mangel an Mut zur Verantwortung und am Sinn für die politischen Notwendigkeiten zu dem Beschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie: keine politische Debatte abzugeben. Die gegenwärtige Regierung trägt an diesem Beschluß einen wesentlichen Teil Schuld. Noch nie hat Herr Cuno den Mut befohlen, aus eigenem Antrieb vor dem Parlament eine Erklärung abzugeben. So oft er und sein Außenminister bisher Geheimratsarbeiten vor dem Reichstag vortrugen, mußten sie dazu zitiert werden. Lediglich die Juristen, ihre eigene Unfähigkeit in jeder Beziehung einzusetzen zu müssen, treibt sie zu der Flucht vor dem Reichstage. Wohler sieht sich der gegenwärtige Kanzler als Wanderredner mit fertig ausgearbeiteten Vorträgen. In Königsberg, Bamern, Bremen usw. hat er in den letzten Wochen eine ganze Reihe schlechter Reden abgelesen, nur dem Reichstag, dem er nach der Verfassung verantwortlich ist, weigert er sich mit seinen Ausreden Rechenschaft abzulegen. Er wie sein Außenminister sind groß in der Mißachtung des Parlamentarismus, aus Furcht vor der Verantwortung, und es ist charakteristisch für die bürgerlichen republikanischen Parteien, wenn sie sich diese Mißachtung nicht nur gefallen lassen, sondern sie auch noch unterstützen. Sie waren davon unterrichtet, daß zu der gleichen Zeit, als man gegen den Antrag der Sozialdemokratie das Argument von der Störung der außenpolitischen Besprechungen anführte, diese internationalen Erörterungen längst abgeschlossen und durch das halbamtliche Telegraphenbureau bereits eine Erklärung über den Inhalt der Besprechungen zwischen der Regierung und dem päpstlichen Nuntius veröffentlicht war. Es ist ein Kohn auf die Rechte der Volksoberkeit, wenn dessen Mehrheit einem Reichstag der Regierung folgt, dessen Begründung zur Zeit, als sie losgelassen wird, sich als erfunden erweist, und der lediglich gegeben wurde aus Furcht vor der Verantwortung gegenüber dem Reichstag, während das Reichskabinetts laut fortgesetzt außenpolitische Erklärungen in alle Welt hinausgeschickt.

Gerade die Erklärung über die internationalen Besprechungen mit dem päpstlichen Nuntius hätte im allgemeinen deutschen Interesse eine Debatte im Reichstag erfordert. Ihr nichtigender, unbefriedigender Inhalt bedurfte der Ergänzung. Das hätte am besten durch eine nähere Präzisierung des Reichskanzlers geschehen können. Die Träger des Abwehrkampfes an der Ruhr verlangen ein scharfes Vorgehen gegen die organisierten Banden, die wie Genosse Hermann Müller am Freitag im Reichstag sagte, die Dynamitattentate als Sport und Geschäft betreiben. Diese Forderung des Volksteils, der an der Ruhr in erster Linie den Abwehrkampf führt, hat die Regierung gegenüber der Öffentlichkeit mit allgemeinen Redewendungen beantwortet, die neuen Mißmut hervorzurufen müssen. Der Grund zu der nichtigenden Erklärung war aber auch hier erneuter Mangel an Mut vor der Verantwortung, Furcht vor den Deutschen und den Deutschbolschewiken, überhaupt Furcht vor dem Gelfe, der von München aus seinen Ursprung genommen hat, und der heute noch in den amtlichen Staatsstellen Bayerns waltet. Der päpstliche Nuntius hat sicherlich unter dem Hinweis, daß die innerpolitischen Verhältnisse keine positivere Erklärung gegen die Attentate zulassen, auf eine Verurteilung der Sabotageakte mit gleichzeitiger Androhung von Strafen vor der Öffentlichkeit verzichtet, zumal es ihm nicht darauf ankam, seinen Erfolg noch außen breitzutreten. In Wirklichkeit soll sich das Kabinetts im Verlauf der Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius und den Besprechungen mit der preussischen Regierung bereiterklärt haben, ihre untergeordneten Instanzen anzuweisen, daß in Zukunft den Attentätern jede Unterstützung versagt wird. Wir werden darüber wachen, daß eine derartige Anweisung nicht nur tatsächlich erfolgt, sondern auch in strengstem Maße durchgeführt wird. Verloren einzelne untergeordnete Instanzen, weil sie sich gewissen Organisationen gegenüber auf Grund ihrer Vergangenheit verpflichtet fühlen, dann hat die Reichsregierung mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzugreifen.

Die Forderung der französischen und belgischen Regierung nach Brandmarkung der Sabotageakte im Ruhrgebiet hätte demnach im geheimen bereits Genehmigung gefunden. Öffentlich kommt man diese Genehmigung aus Liebe zu den Deutschen und völkischen Kreisen, die sich nicht nur als intellektuelle Urheber der Attentate im Ruhrgebiet gebärden, sondern die in der Tat auch die Förderer des offenen Widerstandes in jeder Beziehung sind. Den Schritt Frankreichs und Belgiens in Berlin hätte sich Herr Cuno erlauben können, wenn er frühzeitig mit Entschiedenheit gegen die Sabotageakte vorgegangen wäre, vielleicht auch wenn er darauf verzichtet hätte, die Taktik Voincarés nach dem Wappbrief zu übernehmen. Auch wir Sozialdemokraten sprechen